

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

14 (4.7.1949)

ETTlinger ZEITUNG

Süddeutsche Heimatzeitung
FÜR DEN ALBGAU

Herrenalb, Langensteinbach, Malch, Mörfch und alle Landorte

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag und Samstag mittig. Frei Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65, durch die Post 1.85 zuzüglich 36 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

1. Jahrgang

Montag, den 4. Juli 1949

3r. 14

Sterling-Abwertung?

London (SHZ). Während der britische Schatzkanzler Sir Stafford Cripps vor kurzem vor dem Unterhaus die Erklärung abgegeben hat, daß er eher zurücktreten werde als einer Sterlingabwertung zustimmen, erwartet man in London allgemein, daß der nächste Ausweis über den Stand der gesamten Dollar- und Gold-Reserven des Sterling-Gebietes neue schwere Verluste während der letzten Monate bekanntgeben wird.

Der Ausweis wird voraussichtlich im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden. Er wird ein neuer Beweis sein, wie kritisch die Wirtschaftslage Großbritanniens geworden ist. Eine politische Auswirkung dieser Situation zeigte sich auch in der Unterhaus-Sitzung, wo in der Debatte viel von „amerikanischen Druck“ die Rede war.

Die am 1. Juli abgeschlossene Pariser Tagung der 19 Marshall-Plan-Länder hat nur eine teilweise Regelung der dringenden Wirtschaftsprüfung des europäischen Handelsverkehrs gebracht. Entscheidende Ergebnisse sind von der Europareise der amerikanischen Finanzminister Snyders zu erwarten, der am Samstag nach Europa abgefliegen ist und auf seiner Reise Paris, London, Stockholm, Brüssel, Bern, Rom, Kairo und vielleicht auch Athen und Ankara besuchen wird.

Ein anderes wichtiges Ereignis ist die für Mitte Juli in London vorgesehene Finanzkonferenz des Commonwealth. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß die Finanzminister der Dominions mit dem Schatzkanzler nicht nur über Währungsfragen sprechen, sondern die gesamte britische Wirtschaftspolitik einer eingehenden Prüfung unterziehen werden. Schließlich ist die Verteidigung des Pfund-Dollar-Kurses nur der währungstechnische Ausdruck eines wirtschaftlichen Problems. Die wahre Frage ist: wie kann England und mit ihm das Commonwealth seine wirtschaftliche Unabhängigkeit verteidigen, ohne den Lebensstandard der Bevölkerung dauernd zu drücken?

Neue Einschränkungen?

Zweifellos werden drastische Maßnahmen erforderlich sein. Wir wissen nicht, was Sir Stafford seinen Kollegen vorschlagen will, aber

es ist in London viel die Rede von neuen, empfindlichen Einschränkungen, die dem englischen Volk demnächst auferlegt werden sollen.

Man spricht von Kreditverleuerung, Einschränkungen der Importe aus der Dollarzone, Streichungen im Budget. Das bedeutet für die Bevölkerung neue Entsaugungen, Verzicht auf viele Gewohnheiten, das bedeutet für den Staat und die Arbeiterschaft eine empfindliche Beeinträchtigung des Wohlfahrtsprogramms der Regierung.

Von den Dominions kann England jede Hilfe zur Verteidigung der Sterlingwährung erwarten, aber es kann nicht damit rechnen, daß die Völker der Commonwealthländer Opfer für die Wahrung des englischen Lebensstandards auf sich nehmen. Der australische Ministerpräsident hat sein Volk kürzlich mit der ersten Lage des Commonwealth vertraut gemacht und von der bevorstehenden Erschöpfung der Reserven gesprochen. Englands Volk weiß, daß es in den nächsten Jahren nichts anderes zu erwarten hat als neue Opfer, und auch im übrigen Europa muß man sich diese Lage klar vor Augen halten.

Dem wirtschaftspolitisch nicht geschulten Leser wird die Häufung der Nachrichten wirtschaftspolitischen oder währungstechnischen Inhalts, die er in letzter Zeit, wenn von Europa die Rede ist, beobachten kann, wenig verständlich sein. Kurz gesagt handelt es sich bei diesen Schwierigkeiten — wie auch bei der kürzlichen Pariser Konferenz der Marshall-Plan-Länder — um die entscheidende Frage, ob und wie der Marshall-Plan weitergeführt werden kann. Zur Inangasetzung des Marshall-Plans war am 16. Oktober 1948 ein inner-europäisches Zahlungs-Abkommen, der sogenannte „kleine Marshall-Plan“ abgeschlossen worden.

Für den „Ernstfall“

London — (Eigenbericht) — Der amerikanische Generalstabschef Omar Bradley hat dem Korrespondenten der „Sunday-Times“ in Washington ein Interview gegeben, in dem er sich ausführlich über die strategische Situation der USA äußerte. Der General sagte, falls Westeuropa angegriffen werde, würden die USA wegen der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland unverzüglich in den Konflikt einbezogen werden. Die USA würden in Europa ein möglichst großes Gebiet verteidigen, um schließlich zum Gegenangriff übergehen zu können. Bradley sagte: „Selbst Waffen, die für die USA von größter Wichtigkeit sind, müssen nach Europa geschickt werden, denn dort haben sie größeren Wert für

uns worden. Dieses Abkommen lief am 30. Juni um Mitternacht ab und mußte in irgend einer Form erneuert werden, wenn nicht der ganze Marshall-Plan ins Wanken geraten sollte.

Die bisherige Praxis der Marshall-Plan-Hilfe zeigte, daß ein Grundgedanke, auf dem der Plan beruht, in Europa noch keineswegs verwirklicht ist. Dieser Grundgedanke ist der freie Handelsverkehr zwischen den an dem Plan beteiligten Ländern. Diesem freien Verkehr stehen die verschiedensten Eigeninteressen der einzelnen europäischen Staaten entgegen, so auch die Wirtschaftspolitik des im Sterling-Block zusammengeschlossenen Commonwealth. Dieser Sterling-Block ist eine Art Schutzmaßnahme zur Aufrechterhaltung des Sterlingkurses und steht den von den USA vertretenen Prinzipien des freien Handels diametral entgegen.

Die USA befürworten eine Regelung, nach der die Währungen der Marshall-Plan-Länder zum Zahlungsausgleich zwischen Schuldner- und Gläubiger-Ländern frei umwechselbar sein sollen. Die Pariser Tagung brachte nach dieser Richtung hin einen gewissen Fortschritt, mußte jedoch auch auf die Wünsche der Länder, die ihre Währungen gefährdet sehen, eingehen. Daß die in Paris getroffene Regelung nun endgültig sein könnte, ist jedoch nicht anzunehmen. Gegenüber der gewaltigen Produktionskraft der USA wird die europäische Wirtschaft weiterhin einen Existenzkampf führen müssen, und dieser Kampf wird dadurch noch erschwert, daß zahlreiche europäische Länder auf die Einfuhr amerikanischer Güter unmittelbar angewiesen sind. Hier ist die letzte Wurzel des Übergewichts der Dollar-Währung und andererseits der Dollar-Knappheit in Europa. Gegenüber dieser Situation ist aber auf Seiten der europäischen Partner die erste Lösung nicht die vom Marshall-Plan geforderte europäische Solidarität, sondern das Bestreben, vor allem sich selbst und die eigene Währung zu retten. Es wird abzuwarten sein, wie sich der amerikanische Finanzminister gegenüber diesem wieder gestärkten europäischen

Kampf um die Sozialisierung

London (Eigenbericht). Das britische Oberhaus hat vor zwei Tagen die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie abgelehnt und gefordert, daß man das Vorhaben bis 1951 zurückstelle, um der britischen Bevölkerung noch einmal Gelegenheit zu geben dazu Stellung zu nehmen. Sie habe sich nun ein Urteil über die Verstaatlichung verschiedener englischer Industrien bilden können.

Zu dem Beschluß des Oberhauses schreibt der „Daily Telegraph“: „Die Entschlossenheit der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Vorlage zur Verstaatlichung der Stahl- und Eisenindustrie Gesetzeskraft erlangt, bevor diese Verstaatlichung durch die Wahlen vom Volk bewilligt oder abgelehnt werden kann, beweist, daß die Regierung ihrem eigenen Argument nicht recht glaubt, nämlich daß sie nur dem Willen der Nation gemäß handle. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Sie sind vor allem in der weitreichenden Enttäuschung der Öffentlichkeit zu suchen, die sie in allen anderen schon verstaatlichten Industrien erlebte, welche in keinem Falle die Hoffnungen der Öffentlichkeit erfüllt haben. Dies ist der Grund für das Bestreben der konservativen Oberhausmitglieder, die Verabschiedung der Vorlage zu verzögern, bis die Wählerschaft noch einmal die Chance gehabt hat, sich dazu zu äußern. Genau so ist es der Grund für die Entschlossenheit der Sozialisten, die Wählerschaft vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Sie fürchten deren Urteilspruch.“

Das Blatt der Arbeiterpartei der „Daily Herald“ dagegen sieht in der Taktik und Zielsetzung der konservativen Oberhausmitglieder einen frechen Versuch, die Erfüllung des eindeutig erklärten Volkswillens mit gewaltsamen Praktiken zu hintertreiben: „Es ist doch nur ein Zufall, daß die Verstaatlichung der Stahl- und Eisenindustrie als letzte auf der Liste der großen Verstaatlichungsmaß-

nahmen steht, die bei den Wahlen von 1945 einen wesentlichen Teil des Labour-Programms gebildet haben. Hätte die Verstaatlichung der Stahl- und Eisenindustrie an erster und die der Kohlenindustrie an letzter Stelle gestanden, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die konservative Oberhaus-Opposition heute genau dieselbe Obstruktionkampagne betreiben würde. Das allein widerlegt ja schon schlagend alle ihre angeblich sachlichen Argumente.“

Wirtschaftsnationalismus verhalten wird.

Trotz Krise Streik

Der britische Transportminister appellierte an die 8000 streikenden Hafenarbeiter, die Weisung ihrer Gewerkschaft zu befolgen und ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Er erklärte,

der Streik im Londoner Hafen und in anderen Häfen werde einen Verlust verursachen, der einem Ausfall von 50 Atlantik-Überquerungen in beiden Richtungen gleichkommt. Dies werde sich in einem Augenblick, da Großbritannien um seinen Wiederaufbau kämpft, katastrophal auswirken.

Der Minister sagte, es sei sinnlos, in Großbritannien zum Streik aufzurufen, wenn zwei kanadische Gewerkschaften streikten, von denen eine kommunistisch ist.

Vier Parlamentsmitglieder haben dem Innenminister einen Bericht zugehen lassen, wonach sie den Streik untersuchen wollten. Einer von ihnen erklärte, es handle sich um einen kommunistischen Versuch, Großbritannien Wirtschaft zu untergraben.

„Verlangsamte Arbeit“ bei der Bahn

London (AEP). — In der Nacht vom 3. zum 4. Juli setzt in Großbritannien die Aktion der Eisenbahngewerkschaft NUR ein, die in Verfolgung einer Lohnforderung (Erhöhung des Wochenlohnes um 10 Schilling) den Beschluß gefaßt hat, über das gesamte Eisenbahnnetz das Druckmittel des „slow work“ zu verhängen. Die „verlangsamte Arbeit“ besteht darin, daß jede Überstundenleistung, jede Akkordarbeit, jede Sonntagsarbeit (die auf den englischen Eisenbahnen auf zusätzlichen Leistungen des Personals beruht) verweigert wird. Das bedeutet für das englische Volk und die englische Wirtschaft nicht nur die Einstellung aller Sonntagsreisen (seit vielen Wochen ist die englische Bevölkerung bereits an die allsonntägliche Stillelegung der Eisenbahnen gewohnt), sondern auch eine schwere Beeinträchtigung des Warenverkehrs und die weitgehende Unterbindung des Außenhandels. In einem Augenblick in

wenn die Regierung mit äußerster Anstrengung die Sterlingwährung verteidigt und vielleicht vor der Notwendigkeit steht, das Budget einer Revision zu unterziehen, sind die Folgen dieses halben Streiks unabsehbar.

Erster Empfang bei McCloy

Berlin (SHZ). — Nachdem der künftige Hohe Kommissar der USA für Deutschland, McCloy, auf deutschem Boden eingetroffen ist, fand im Hause des Berliner Stadtkommandanten der USA, Oberst Howley, ein erster Empfang für die führenden Berliner Politiker statt. An ihrer Spitze standen der Oberbürgermeister Dr. Reuter, Bürgermeister Dr. Fiedensburg und der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr. Dr. Suhr berichtete dem künftigen Hohen Kommissar über die Lage in Berlin.

Anschließend sagte Dr. Suhr zu Pressevertretern über seinen ersten Eindruck von der Persönlichkeit McCloy's, im Gegensatz zu General Clay komme man mit McCloy sehr schnell in persönlichen Kontakt.

Dibelius mahnt

Berlin. — Der evangelische Bischof von Berlin, Dr. Dibelius, appellierte heute an die deutsche Bevölkerung, sie sollte unabhängig von der Politik und vom Geld ein christliches Leben führen.

„Wir müssen aus der Verkrampfung des Geldes und der Politik heraus, um wieder Menschen zu werden. Wir dürfen nicht dulden, daß die Erkenntnisse der Wissenschaft an mangelnder Liebe zugrunde gehen. Jeder Christ soll ein christliches Leben führen, gleichgültig, ob dies mit der Politik oder mit der Wirtschaft in Einklang steht.“

Nächste Unions-Tagung in Venedig

Strasbourg (SHZ). — Die parlamentarische europäische Union, deren Rat in Strasbourg tagte, beschloß, ihren nächsten Kongreß am 19. September in Venedig abzuhalten. Der Rat empfahl ferner, daß in jedem Land ein Regierungsmitglied für die Bearbeitung der europäischen Fragen benannt werden möge. Weitere Forderungen des Rats erstrecken sich auf praktische Maßnahmen für eine europäische Staatsbürgerschaft, sowie die Angleichung der Außen- und der Wirtschaftspolitik.

Das künftige Arbeitsministerium

Schlangenbad (SHZ). Auf der Tagung des Organisationsausschusses zur Vorbereitung der Bundesorgane sprach der Direktor der Zweizonenverwaltung für Arbeit, Anton Storch. Storch behandelte die Frage eines künftigen Arbeitsministeriums und betonte, daß die Tätigkeit dieses Ministeriums nicht noch mit der zusätzlichen Aufgabe eines Flüchtlings-Wohlfahrts-Ministeriums belastet werden dürfe. Die künftige Bundesregierung habe für so viele Flüchtlinge und Kriegsschädigte zu sorgen, daß zur Bewältigung dieser Aufgaben ein eigenes Ministerium geschaffen werden sollte.

Notschrei der Kriegsbeschädigten

Wild-Karlsruhe sprach in Stuttgart

Am Sonntag fanden in allen großen Städten des Landes Württemberg-Baden Protestkundgebungen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen statt.

Der Hauptredner, Wild-Karlsruhe, ging in seinen Ausführungen, die immer wieder durch zustimmende Zwischenrufe unterbrochen wurden, zunächst auf den bisherigen Kampf des „Verbandes der Körperbeschädigten“ um eine Verbesserung der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ein. Aber trotz allem was bisher erreicht wurde, ist die Not dieser Menschen ungeheuer groß. An Hand einer Statistik über Selbstmorde und Selbstmordversuche wies der Redner nach, daß bereits zahlreiche Opfer des Krieges und der Arbeit in ihrer seelischen und materiellen Not den letzten Ausweg in einer Flucht aus dem Leben gesucht haben. Soll es weiter so bleiben, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden? Es kann einfach nicht mehr weiter zugehen werden, daß der wirtschaftlich schwache Teil zu Grunde geht während der andere Teil weit über dem allgemeinen Lebensstandard lebt. Die Kriegsbeschädigten wollen arbeiten, aber sie verlangen, daß sie entsprechend ihren körperlichen und geistigen Gegebenheiten beschäftigt werden.

Wie Hohn mutet es an, daß gerade die kommunalen und staatlichen Behörden ihren in dieser Hinsicht eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkommen. Wenn schon Gesetze geschaffen werden, dann sollten sie in erster Linie von diesen Stellen eingehalten werden.

Die Staatsführung muß sich im klaren darüber sein, daß sie vor einer eindeutigen Wahl steht: entweder wird dafür gesorgt, daß diese vom Krieg schwerstens betroffenen Menschen eine würdige Versorgung erhalten und Vertrauen zu den demokratischen Einrichtungen gewinnen, oder sie wird diese Menschen unwürdevoll dem Radikalismus in die Arme treiben.

Der Redner kündigte zum Schluß an, daß die Kriegsbeschädigten den Kampf mit aller

Schärfe aufnehmen werden, wenn ihre Interessen nicht baldigst wahrgenommen würden. Dazu verpflichtet das Millionenheer gefallener Kameraden.

Für die zahlreich anwesenden Frauen sprach Frau Stadträtin Eucher. An Hand vieler Beispiele gab sie ein erschütterndes Bild von der Not der Witwen und Waisen.

Entschlossene Resolution

In einer Resolution, die von den 8000 Versammelten angenommen wurde, wenden sich die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen an das deutsche Volk, insbesondere an die maßgebenden Behörden und an die politische Parteien. Die Hauptpunkte der Entschliessung sind:

- Schaffung eines neuen Versorgungsrechtes.
- Schaffung einer einheitlichen Versorgungsrechtsprechung.
- Wiedereinführung einer selbständigen Versorgungsverwaltung, und
- Schaffung einer neuen Bundesfürsorge-nichtverordnung.

In der Resolution heißt es sodann wortlich: „Es muß damit Schluß gemacht werden, daß die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen weiterhin als Staatsbürger zweiter Klasse angesehen werden. Die Ausnahme-gesetzgebung, die in dem KB-Leistungs-gesetz zum Ausdruck kommt, muß baldmöglichst der Vergangenheit angehören. Wir erheben deshalb unsere warnende Stimme: Man möge den Notschrei der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen hören!“

Es ist das Ziel aller Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sich innerhalb des Staates als aufbauwillige Staatsbürger zu betätigen. Dabei wollen wir aber auch die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen im Osten Deutschlands nicht vergessen. Wir ermahnen alle Staatsbürger und besonders unsere Regierungen und die Besatzungsmächte, immer wieder dafür einzutreten, daß die noch hinter Stacheldraht lebenden Väter und Söhne endlich freigelassen und der Familie wieder zurückgegeben werden.

Indonesien - ein Erfolg der UNO

Paris (AEP). Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der im allgemeinen durch das Vetorecht verurteilt ist, hat endlich in einer durchaus nicht unbedeutenden Frage einen Erfolg aufzuweisen: das Abkommen zwischen den Niederlanden und der republikanischen Regierung von Indonesien, das durch Vermittlung der UNO zustandekam, wurde durchgeführt. Die holländischen Truppen sind dabei, die Stadt Drokjakarta und ihre Umgebung zu räumen, um dem Präsidenten Soekarno und dem Ministerpräsidenten Mohamad Hatta die Möglichkeit zu geben, in diesem begrenzten Raum von 3200 Quadratkilometer ihre souveränen Rechte wenigstens grundsätzlich auszuüben. Die republikanischen Führer haben sich verpflichtet, an der Errichtung der Vereinigten Staaten von Indonesien mitzuwirken und haben auf die ursprünglich geforderte völlige Zurückziehung der holländischen Truppen verzichtet. Zwar besteht eine republikanische Konkurrenzregierung, die sich während der Feindseligkeiten und der Internierung der legalen Staatsführung durch die Holländer irgendwo im indonesischen Busch gebildet hat, eine Regierung, in der vermutlich die kommunistischen Elemente vorherrschend sind, aber es wird angenommen, daß die Rückkehr Soekarnos und Hattas und die Einstellung der Feindseligkeiten ihrer Existenz wohl bald ein Ende setzen wird.

Wenn wir die Restauration der indonesischen Republik einen Erfolg der UNO nennen, so denken wir nicht nur an die formaljuristische Tatsache, sondern daran, daß sie in jenem Geiste erfolgt ist, dem die UNO zu dienen bestimmt ist. Eine starke Kolonialmacht hatte durch einen militärischen Streich innerhalb weniger Tage die von ihr und von der UNO anerkannte Einheimischen-Regierung ausgeschaltet, den größten Teil ihres Territoriums besetzt, den republikanischen Widerstand zum Teil gebrochen, zum Teil in den unwegsamen Busch zurückgedrängt. Ihre Machtmittel wären ausreichend, um ihre Ziele ohne jedes Zugeständnis an die besiegten Republikaner zu verwirklichen. Vor dem Protest der UNO und der Weltöffentlichkeit sah sich der Sieger

gen, mit dem Besiegten zu verhandeln und ihm Zugeständnisse zu gewähren, die die militärische Lage keineswegs erforderte.

Ist der Friede in Indonesien ein Erfolg der UNO, so ist er aber auch ein Erfolg der Asienpolitik der Vereinigten Staaten, die sich bemühen, alle asiatischen Nationalbewegungen unter demokratische Leitung zu bringen und sie dem kommunistischen Einfluß zu entziehen.

In der Erkenntnis, daß es heute nicht mehr möglich ist, die Ausbreitung des Kommunismus im Fernen Osten durch die Gewaltpolitik der Kolonialmächte aufzuhalten — umso mehr, als eines der mächtigsten asiatischen Reiche durch den Sieg Mao Tse Tungs im Begriff ist, dem Kommunismus zu verfallen — will Amerika aus den Völkern Ostasiens freie Verbündete des demokratischen Westens machen.

In diesem Sinne haben die Vereinigten Staaten auch auf Frankreich eingewirkt, um die Regierung zu veranlassen, ihre Kolonialtendenzen aufzugeben und durch Verhandlungen mit den nichtkommunistischen Nationalisten Indochinas und ihrem Führer, dem Kaiser Bao Dai, der kommunistisch geführten revolutionären Bewegung des Präsidenten Ho chi Minh nicht nur die Gewalt, sondern auch die Aussicht auf friedliche Erfüllung der nationalen Ziele entgegenzustellen.

Indien, Indochina und Indonesien sollen um das kommunistische China einen süd-südwestlichen Gürtel bilden. Auf der anderen Seite will Amerika aus Japan einen Stützpunkt der asiatischen Demokratie und eine strategische Schlüsselstellung für den amerikanischen Einfluß im Fernen Osten machen.

Die Stützung der japanischen Wirtschaft durch die amerikanischen Militärbehörden, die friedliche Intervention Amerikas bei der holländischen und der französischen Regierung zugunsten einer unblutigen Lösung der asiatischen Kolonialkonflikte, die amerikanische Kredithilfe an das Indien Nehrus, die Verwirklichung des „Vierten Punktes“ Trumans und die Gründung einer asiatischen nichtkommunistischen Gewerkschaftszentrale sind Elemente einer gleichen Politik.

Bombardierung Deutschlands hat den Krieg verlängert

Englischer General verurteilt den Luftkrieg der Allierten im letzten Weltkrieg.

Die Ansicht, daß das Flugzeug den letzten Krieg gewonnen habe und daß es auch in zukünftigen Kriegen der entscheidende Faktor sei, wird von dem englischen Generalmajor J. F. C. Fuller in seinem in Bälde erscheinenden Buch: „Der zweite Weltkrieg — seine strategische und taktische Geschichte“ aufs schärfste verurteilt. Die amerikanische Zeitschrift „US-News“ veröffentlicht bereits einige tragende Gedanken dieser Schrift. Der englische Offizier greift vor allem den Plan des „strategischen Bombenabwurfs“ an, der im letzten Krieg von den amerikanischen und englischen Luftstreitkräften ausgeführt wurde und die deutschen Städte systematisch in Schutt und Asche legte. General Fuller meint, „strategisches Bombardieren beschleunigt nicht den Sieg, es verhindert in Wirklichkeit eine schnelle Entscheidung“. Hätte man, anstatt eine solche Menge schwerer Bomber herzustellen, die menschliche Arbeitskraft dazu verwendet, Landungsschiffe und Transportflugzeuge zu bauen, die die Invasion Europas zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt ermöglicht hätten, so wäre der Krieg in Europa mindestens ein Jahr früher gewonnen worden. „Ziel des Krieges“, so sagt der General, „ist nicht Niedermetzelung und Verwüstung. Ziel einer militärischen Auseinandersetzung ist, den Gegner zu überzeugen, daß er anderen Sinnes wird.“

Strategisches Bombardieren — von Chur-

chill, wie Fuller betont, ins Leben gerufen — war nicht nur moralisch falsch, es war zugleich ein militärischer Mißerfolg und politischer Selbstmord.

Die militärischen Ergebnisse des „strategischen Bombenabwurfs“ auf deutsche und japanische Städte rechtfertigen nicht ihre Kosten an Menschen und Material. In Deutschland zeitigten diese „Bombenteppiche“ ein „schreckliches Blutbad, das einem Attila zur Schande gereicht hätte“, den Aufschub der Landung um ein Jahr und eine zertrümmerte Nachkriegswirtschaft. Statt dessen hätten sich die Alliierten auf den Einsatz von Kampfflugzeugen konzentrieren sollen, um sich die Luftüberlegenheit zu sichern und um ihre Bodentruppen zu unterstützen sowie auf den Bau von Transportflugzeugen und Landungsschiffen.

Um seine Ansicht zu unterstreichen, zitiert General Fuller eine offizielle amerikanische Statistik, die zeigt, daß trotz der alliierten Bombardierung Deutschland in der Lage war, während des Krieges solange wieder aufzubauen, seine Fabriken zu vergrößern und die Kriegsproduktion aufrechtzuerhalten, bis die deutschen Armeen zusammenbrachen. Die angeführte Statistik bringt folgende interessante Angaben:

In 61 großen deutschen Städten, von Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten angegriffen, wurden 3 600 000 Häuser zerstört oder

schwer beschädigt, 500 000 Personen heimatlos gemacht, 780 000 Personen verletzt, 300 000 Menschen getötet.

Aber in zehn der am stärksten bombardierten deutschen Städte erreichte nach einem durchschnittlichen Zeitraum von vier Monaten die Kriegsproduktion wieder 80 % ihrer ursprünglichen Leistung. In Hamburg z. B. wurden 60 000 Personen getötet und ein Drittel des vorhandenen Wohnraums total zerstört. Die meisten Industrieanlagen wurden zertrümmert, aber 80 % der früheren Produktion der Stadt wurde innerhalb 3 Monaten wiedergewonnen.

Auch Japan, sagt General Fuller, ist letzten Endes nicht durch Bombardierungen niedergewungen worden, sondern durch Hunger und den militärischen Zusammenbruch der japanischen Heere.

Den politischen Auswirkungen der Flächenbombardierungen im 2. Weltkrieg mißt der englische Offizier sogar noch größere Bedeutung zu als den rein militärischen Ergebnissen. Sie gefährden, so meint er, die Atmosphäre eines wirklichen Friedens, denn „Städte und nicht Trümmerhaufen sind die Grundlagen der Zivilisation“.

Die Luftwaffe soll nach Ansicht von Generalmajor Fuller in erster Linie den Kampf der Bodentruppen taktisch unterstützen, sie nach Lage der Dinge schnell befördern, sowie Feindtransporte und militärische Ziele zerstören. Das Flugzeug ist ohne Zweifel ein wesentlicher Faktor auch in einem künftigen Krieg, aber nur aus dem Zusammenspiel aller Waffen wird eine schnell, moralisch und politisch tragbare Entscheidung erzielt.

Die amerikanische Zeitschrift „US-News“ betont, daß die Ansichten General Fullers in England und vor allem auch in den Vereinigten Staaten stark beachtet werden und in offiziellen Kreisen immer mehr Anhänger finden.

Geleit für Dimitroff

London (SHZ). Die Leiche des in Moskau nach längerer Krankheit verstorbenen bulgarischen Ministerpräsidenten Georgiu Dimitroff ist mit einem Sonderzug nach Sofia unterwegs. In Moskau war die Leiche Dimitroffs im Festsaal des Gewerkschaftshauses aufgebahrt und Tausende zogen noch in der Nacht an ihr vorbei. Führende Persönlichkeiten der Sowjetunion, darunter Stalin selbst, hielten abwechselnd die Ehrenwache.

Bevin lebt noch im Kriegszustand mit uns!

Düsseldorf. — Zur Erklärung Bevins über die Demontage der August-Thyssen-Hütte nahm gestern der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Karl Arnold mit scharfen Worten Stellung. Arnold bezeichnete die Erklärung des britischen Außenministers als Zeichen einer befremdlichen Geisteshaltung.

Bekanntlich hatte Bevin den deutschen Plan zur Umwandlung der August-Thyssen-Hütte in ein europäisches Jugendwerk unter internationaler Kontrolle mit dem Hinweis abgelehnt, internationale Abkommen wie das der Demontage könnten nicht durch derartige deutsche Vorschläge gegenstandslos gemacht werden.

Arnold betonte hierzu: Die Ausführungen Bevins lassen die Vermutung aufkommen, daß dieser 50 Monate nach dem Waffenstillstand den Kriegszustand mit Deutschland noch nicht als beendet betrachte. Die Deutschen hätten jedoch ein moralisches Recht auf die Anerkennung des Friedenszustandes. Arnold sagte wörtlich:

„Es ist mir unverständlich, wie ein Arbeiterführer eines siegreichen Landes gegenüber den Arbeitern des besiegten Landes die Maßnahmen seiner Regierung mit Argumenten begründen kann, die nicht aus dem gemeinsamen Wörterbuch der Arbeiterbewegung stammen.“

„Gut. Unsere Reiseabteilung wird Ihnen innerhalb der nächsten vierzehn Tage die Schiffskarte zugehen lassen. Sie empfangen für heute an ihre Bezüge. Sie können bereits für vier Wochen im Voraus abheben. Das ist in solchen Fällen Sitte. Außerdem stellen wir Ihnen ein Bordakkreditiv in Höhe von 80 \$ im allgemeinen ist es nicht erwünscht, daß sie von Ihrer Anstellung an Dritte Mitteilung machen.“

Die Besprechung war zu Ende. Mr. Ford stand auf und reichte mit einer gewissen Feierlichkeit Thomas die Hand.

Mr. Ford wartete, bis sich die Tür hinter dem jungen Mann geschlossen hatte.

Im Vorzimmer wartete der junge Mann. Er hatte Quittung und Geld bereit, half Thomas in den Mantel und führte ihn zum Lift.

Dann stand Thomas wieder auf der Straße und versuchte sich zu sammeln.

Dann aber schloß Mr. Ford den Akt Dr. Thomas Libberten, Versuchslaboratorium Wilmington. Auf den Umschlag machte er noch einige Vermerke.

Dann ließ er den Akt Ruth Kramer kommen. Er änderte nur den „letzten Aufenthalt“. Er schrieb Berlin und schrieb Paris.

Thomas ging in sein Hotel, beglich seine Rechnung und beschloß, die ihm bis zum Zug verbleibende Zeit zu verbummeln.

Unterswegs kam ihm der Einfall, doch nach Ruths Wohnung zu suchen. Vielleicht konnte er dort Näheres über sie erfahren.

Auf dem Einwohneramt hörte er, daß ein Fräulein Ruth Kramer bis vor zwei Tagen in der Cicerostraße 95 bei Frau Hauptmann Scharff gemeldet war.

„Taxi! Cicerostraße 95!“

Thomas läutete an der Wohnungstür bei Frau Hauptmann Scharff. Es wurde nicht geöffnet. Die Pförtnerin rief die Treppe herauf. Zu wem der Herr wolle? „Zu Fräulein Kramer!“ Der Herr möge doch in das Geschäft gehen, es sei gleich um die Ecke, Kurfürstendamm, der kleine Modestalon.

Frau Hauptmann Scharff müsterte Thomas und urteilte, daß er gut aussähe.

„Fräulein Kramer?“ machte sie gedehnt. „Aber Fräulein Kramer ist doch schon vor zwei Tagen weggefahren, nach Paris.“

PETER RILTEN



DIE APOTHEKE ZUM KLEEBLATT

Copyright 1948 by Verlag Helmut Seiler, Stuttgart.

12. Fortsetzung

Thomas fühlte Unwillen aufsteigen. Zwischen „Kleeblatt“ und Libbery-Owen schien kein großer Unterschied zu sein! Kam er nicht vom Regen in die Traufe? War Ruth eine solche „ähnliche Beziehung“? Eigentlich nein. Kleine Schussucht nach Ruth. Und hier interessierte sich ein internationaler Chemiestrass mit Monopolstellung für die Beziehungen eines kleinen deutschen Chemikers zu einem Mädchen! Das war interessant. Er antwortete kurz: „Ja“.

„Ich danke Ihnen“, sagte Ford nüchtern und erklarte mit gleichgültiger Stimme: „Wir hätten diese Frage nicht nötig gehabt. Ihre Antwort bestätigt uns nur unser Wissen.“

Thomas wäre am liebsten aufgesprungen. Überlegung hinderte ihn daran und die Tiefe des Lederessels. Er beschloß in diesem Augenblick, so kutschsüchtig zu werden wie nur irgend möglich.

Mr. Ford las geflüstert in den Papieren. Nach einer Weile reichte er Thomas den Vertrag und sagte, er möge ihn in aller Ruhe durchlesen. Er könne seine Entscheidung auch morgen treffen. Allerdings müsse sie morgen bestimmt erfolgen. Thomas las sofort.

Gleichzeitig las auch Mr. Ford. Er las genau so schnell und so langsam und so oft wie sein Besucher. Hielt Thomas im Lesen inne, so hielt auch Mr. Ford inne.

Der Vertrag hand. Thomas für drei Jahre. Bei freier Unterkunft und Verpflegung gab es im ersten Jahr 80 \$ „Salary“ für die Woche. Die Gehaltszahl war berechtigt, innerhalb einer Woche

zu kündigen. Seine Kündigung aber bedurfte einer dreimonatigen Frist. Es gab auch Konventionstrafen. Vom Einkommen behielt die Gesellschaft Libbery-Owen 20 % zurück und verzinst diese mit 15 %. Die zurückbehaltene Summe wird nach drei Jahren oder nach dem Ausscheiden aus der Libbery-Owen ausbezahlt. Unter keinen Umständen dürfen Damen, selbst solche aller nächsten Verwandtschaftsgrades, das Grundstück des Versuchswerkes der Libbery-Owen Inc. in Wilmington Gardens betreten. Das Einführen von Freunden und Fremden überhaupt ist verboten. Gleichfalls streng verboten ist das Unterhalten von Beziehungen zu Damen, die Angestellte der Libbery-Owen und deren Zweigbetriebe oder von ihr kontrollierter Werke sind. Übertretung dieses Verbotes hat sofortige Kündigung zur Folge.

Thomas unterschrieb.

Mr. Ford unterschrieb als General-Manager. Dann hatte Mr. Ford noch eine Frage.

„Ich hoffe, Sie haben unsern Scheck empfangen?“

Thomas fuhr in die Brieftasche und legte den Scheck auf den Tisch.

„Oh!“ entfuhr es Mr. Ford. „Sie können ihn gleich an der Kasse einwechseln lassen. Einen Augenblick!“ Er berührte wieder den Drücker. Der junge Mann aus dem Vorzimmer trat ein. Er möge, befahl Mr. Ford, für Dr. Libberten sogleich den Scheck einlösen.

Dann hatte Mr. Ford noch eine mehr neben sächliche Frage: „Sind Sie reisefertig?“

„Jederzeit“, antwortete Thomas.

Das Geleit der Leiche auf dem Sonderzug haben führende bulgarische Kommunisten, und zwar: das Mitglied des bulgarischen Politbüros Tschervenoff, der bulgarische Innenminister Jugoff und der Sekretär des Zentralkomitees der bulgarischen kommunistischen Partei Tschankoff. In politischen Kreisen wird angenommen, daß einer dieser drei Männer zum Nachfolger Dimitroffs ernannt werden wird.

Die Nachricht vom Tod des bulgarischen Ministerpräsidenten wurde von sämtlichen europäischen Rundfunksendern verbreitet.

SED fordert gesamtdeutsche Beratungen

Berlin (SHZ). In einer Erklärung des Politbüros der SED wird die Aufnahme von Beratungen auf gesamtdeutscher Grundlage gefordert. Das Präsidium des deutschen Volksrates wird aufgefordert, sich erneut um das Zustandekommen dieser Beratungen zu bemühen. Ebenso wird die deutsche Wirtschaftskommission der Ostzone aufgefordert, sich baldmöglichst mit den westdeutschen Wirtschaftsorganen über die gemeinsamen Probleme der innerdeutschen Wirtschaft zu verständigen.

In der Erklärung wird betont, das deutsche Volk müsse die Pariser Beschlüsse der Außenminister ausnutzen. Wörtlich wird gesagt: „Die Vereinbarungen der Pariser Außenminister-Konferenz sind wertlos, wenn nicht der starke Wille des deutschen Volkes dahintersteht.“ Für Berlin fordert das Politbüro der SED eine Fühlungnahme aller in der Öffentlichkeit zugelassenen Parteien, um eine einheitliche Verwaltung wieder herzustellen.

Bizonen-Abkommen verlängert

Washington (SHZ). Das Abkommen über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone wurde bis zum 30. September d. Js. abernmals verlängert. In hiesigen politischen Kreisen wird erwartet, daß der westdeutsche Bundesstaat bis zu diesem Zeitpunkt gebildet ist und daß damit eine nochmalige Verlängerung des Abkommens überflüssig wird.

Eckhard bleibt bei seinem Kurs

Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Eckhard, meinte auf einer Wahlversammlung in Düsseldorf, die Deutsche Mark sei die gesündeste Währung Europas. Er betonte, daß er trotz aller Kritik den von ihm eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs beibehalten werde. Die westdeutsche Wirtschaft würde im dritten Quartal Kredite im Umfang von 3 Milliarden Mark erhalten. Damit könne der tolle Punkt in der Wirtschaft überwunden werden.

Für und wider

Stuttgart (SHZ). Auf einer Bauernkundgebung in Creglingen sprach der württemberg-badische Landwirtschaftsminister Heinrich Stoß über die Ernährungslage. Stoß sagte, die Fleischration des Landes könne nur deshalb aufrecht erhalten werden, weil im Frühjahr ein begrenztes Fleischvorrat angelegt wurde. Nach Auffassung des Landwirtschaftsministers müßten die Hauptnahrungsmittel weiterhin bewirtschaftet bleiben.

Auf einer Konferenz in Konstanz beschloß dagegen der sogenannte Kartenaussschuß der Ernährungsämter, eine Lockerung der Rationierung von Fett, Fleisch, Brot, Mehl und Zucker vorzuschlagen. Der Ausschuß empfahl ferner eine Vereinfachung des Lebensmittel-Kartensystems.

Ausbau der Seeschifffahrt (SHZ). Die Verkehrsminister der Bizone besprachen in Bad Wildungen den Ausbau der deutschen Seeschifffahrt. Im Vordergrund stand die Frage der Finanzierung. Vorerst sind 180 Millionen DM erforderlich. 75 Millionen DM müssen von den westdeutschen Küstenländern aufgebracht werden, der Restbetrag von den anderen Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

„Aber sie war doch gestern noch da!“ entfuhr es Thomas.

„Nun war es an Frau Scharff, erstaut zu sein. „Woher wissen Sie denn das?“ Sie war sofort hell neugierig. Fräulein Ruth und ein Abenteuer? Schan, schau... wer hätte das gedacht!“

„Würden Sie die Güte haben, mir Rudis — Verzeihung — Fräulein Kramers Pariser Adresse mitzuteilen? Sie wird sie Ihnen doch hinterlassen haben.“

Frau Scharff wurde sehr lebendig. „Ja, natürlich, gern!“ Sie habe die Adresse in der Kasse liegen. Aber die Adresse war weg.

„Lilly!“

Eine Probierrunde trat aus dem Vorhang einer Kabine.

„Wo ist denn die Adresse von Fräulein Kramer? Habe ich sie nicht Ihnen zum Aufbewahren gegeben?“

„Nein, gnädige Frau, das Telegramm ist ja auch noch da, das Sie nachschicken wollten.“

Ein Telegramm? Thomas wollte, daß es sich nur um ein ganz bestimmtes Telegramm handeln konnte. Er ging.

Im Reisebüro unter den Linden mußte Thomas einen Augenblick warten. Er hörte dabei einen Kunden eine Flugkarte nach Stuttgart verlangen. Sofort änderte Thomas seinen Plan. Warum nicht einmal fliegen? Es wäre schön, einmal zu fliegen! Außerdem war es gerade jetzt vorteilhaft. Auf dem Flugplatz würde er sicher seinem Vater nicht bezügelten.

Er hatte Glück, er erhielt den letzten Flugchein für die Nachmittagsmaschine. Im Augenblick, da er die Karte am Schalter in Empfang nahm, begegnete er seinem Vater.

Apotheker Libberten hatte Schauenfester betrachtet und war vor der Niederlassung der internationalen Schlafwagen-Gesellschaft stehen geblieben. Es gab da viel zu sehen. Ein großes Schiffsmodell, das Modell eines Schlafwagens, Lichtbilder, laute Plakate, und inmitten des Fensters schwebte eine dreimotorige Verkehrsmaschine. Libberten wunderte sich, wie man sich den Dingen nur anvertrauen konnte... Nicht mit zehn Pferden!

Während er den Blick vom Dampfzer zum Flugzeug hob, trafen seine Augen Thomas. Thomas! Thomas! Er ist's... kein Zweifel, er ist's!

(Fortsetzung folgt)

Flüchtlingsvertreter verhandeln mit der Regierung

Stuttgart (Eigenbericht). Mitglieder der württemberg-badischen Regierung verhandeln mit Beauftragten der Heimatvertriebenen über Probleme der Industrie, des Handels und des Handwerks der Flüchtlinge in Württemberg-Baden. An der Aussprache nahmen Wirtschaftsminister Dr. Veit, Finanzminister Dr. Kaufmann, Innenminister Ulrich und der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen Bettinger teil.

Neue Parteien möglich

Frankfurt (Eigenmeldung). Die drei westlichen Militärgouverneure haben sich heute damit einverstanden erklärt, daß neue Parteien durch die Militärregierungen der einzelnen Länder in der Bizone zugelassen werden können. Die Zulassungen sollen aber im Einvernehmen mit den jeweiligen Länderchefs erfolgen.

Dürre in Europa

Die andauernde Trockenheit in vielen Teilen Europas verursacht steigende Besorgnis unter den Landwirten. Die Hackfrucht- und Getreideernten sind in verschiedenen Ländern ernstlich bedroht. Da noch kein Anzeichen für eine Wetteränderung besteht, hat man in Großbritannien den Wasserverbrauch eingeschränkt und im Süden des Landes ist die Milchversorgung gekürzt worden.

Infolge der zunehmenden Dürre des Weidelandes sind viele Landwirte bereits gezwungen, ihr Winterfutter zu verfüttern. In Belgien sind alle Aussichten auf eine frühe Ernte durch den Regenmangel zerstört. In Italien ist die Weizenenernte in Mitleidenschaft gezogen, während in Frankreich die Gemüseernte ernstlich bedroht ist.

VOM TAGE

Wieder Verhandlungen über Tripolitanien. Zwischen den USA und Italien fanden erneute Verhandlungen über die Zukunft der ehemaligen italienischen Kolonie Tripolitanien statt. Die Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

Gegen Kriegstreiber. Auf dem Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Mailand schlug der Vertreter der Sowjetunion Wassilej Kusnitschow die Annahme eines Vierpunkte-Programms vor, in dem ein Aufklärungsfeldzug gegen amerikanische Kriegstreiber gefordert wird. Kusnitschow kritisierte ferner das europäische Wiederaufbauprogramm.

Norwegen im Europa-Rat. Das norwegische Parlament bestätigte den Beitritt Norwegens zum Europarat. Gegen diesen Beschluß stimmten die 11 kommunistischen Abgeordneten. Das Parlament wird sich laufend über die Beratungen des Europarates informieren.

US-Botschafter bei Wyschinski. Der sowjetische Außenminister Wyschinski empfing den neuernannten Botschafter der USA, den ehemaligen Admiral Kirk. Der Botschafter wird sein Beglaubigungsschreiben in den nächsten Tagen überreichen.

Kohlen für Italien. Rom (AEP). — Das Kohlenkomitee der Europäischen Wirtschaftskommission hat soeben die Kohlenmenge, die Italien im dritten Quartal aus dem Ruhrgebiet erhalten soll, um 190 000 t erhöht. Damit wird die Gesamtimporteinkohlenmenge, die Italien aus Europa einführen wird, auf 1 690 000 t gebracht. Diese erhöhte Zuteilung an Italien wurde ermöglicht durch die Steigerung der Kohlenproduktion in einigen europäischen Ländern, besonders in Belgien.

Siamische Regierung will Opiumpverbrauchs einschränken. London (AEP). — Die siamesische Regierung hat beschlossen, den Opiumpverbrauch einzuschränken. Da diese Maßnahme aber voraussichtlich für die Staatskasse einen Ausfall von etwa 23 Millionen zur Folge haben wird, soll dieses Defizit durch die Erhebung einer neuen Steuer für Einfuhrwaren gedeckt werden. Die ab 1950 eingeführt werden soll.

Studienkommission der Weltbank nach Belgrad. Washington (AEP). — Eine Studienkommission der Weltbank wird Ende Juli oder Anfang August in Belgrad eintreffen. Sie wird die Voraussetzungen für eine Anleihe der Weltbank an Jugoslawien zu untersuchen haben.

Schwere Sabotagegeschäden in Polen. Warschau (AEP). — Im Laufe des ersten Semesters 1949 hat die polnische Wirtschaft, nach den Berichten der Presse, 2,2 Milliarden Zloty (44 Millionen Dollar) durch Sabotageakte verloren.

500 000 Tonnen Petroleum jährlich in Tunesien. Paris (AEP). — Außenminister Schuman hat angekündigt, daß die tunesischen Ölfelder jährlich 500 000 Tonnen Petroleum liefern werden. Amerikanische und britische Kapitalien sind an der Ausbeutung dieser Felder beteiligt, doch wird Frankreich ein Vorkaufrecht auf 35 % des Ertrags und das Protektorat Tunesien 10 % des Reingewinns erhalten. Die Beteiligung ausländischen Kapitals, so erklärte der Minister, ist unerlässlich, da Frankreich nicht über genügend Maschinen und Apparate für die Durchführung der Prospektionsarbeiten und der Bohrungen verfügt.

Osterreich wählt am 9. Oktober (Radio Rot-Weiß). Die österreichische Regierung hat im Einverständnis mit dem Parlament den 9. Ok-

ttober als Wahltermin für den neuen Bundesstag bestimmt.

Visumzwang abgeschafft (SHZ). Die Regierungen von Österreich und Italien haben den Visum-Zwang zwischen ihren Ländern abgeschafft. Österreichische Reisende in Italien und italienische Reisende in Österreich werden in Zukunft nur noch einen Reisepaß brauchen, wenn sie sich nicht länger als dreißig Tage aufhalten wollen.

Judith Coplon verurteilt (NBC). Die ehemalige Angestellte des amerikanischen Justizministeriums, Judith Coplon, wurde zu einer Gefängnisstrafe von mindestens 40 Monaten bis höchstens 10 Jahren verurteilt. Die Dauer der tatsächlich abzudienenden Strafe richtet sich nach ihrer Führung. Judith Coplon wurde vor einigen Monaten zusammen mit dem sowjetischen Angestellten der UN Gubitschew verhaftet. Sie wurde beschuldigt, geheime Dokumente entwendet und mit der Absicht behalten zu haben, sie der Sowjet-Union zuzuleiten.

Indien plant Errichtung einer Fabrik für Synthetischen Treibstoff. New Delhi (AEP). — In Indien sind soeben die Pläne für die Errichtung einer Fabrik für synthetischen Treibstoff fertiggestellt worden. Die Fabrik soll in Durgapur in West-Bengalen erbaut werden und wird Investitionen in Höhe von 700 Millionen Rupien notwendig machen. Der Bauvertrag soll mit einer amerikanischen Organisation abgeschlossen werden, wobei jedoch die technische Leitung der Fabrik einer deutschen Gesellschaft übertragen werden soll. Die Fabrik soll in zwei Jahren mit der Produktion künstlichen Treibstoffs beginnen und eine Produktionskapazität von 700 000 Tonnen erreichen.

Dr. Rüder in der Schweiz (R). Der Vorsitzende des Zweizonenverwaltungsrats Dr. Pünder ist in der Schweiz eingetroffen. Dr. Pünder nimmt an dem Weltkongreß für moralische Wiederaufrüstung in Caux teil.

Tagung der CDU/CSU (SHZ). In Königswinter trafen sich die Landesvorsitzenden der CDU und CSU aus den Westzonen zu vorbereitenden Beratungen, bei denen Dr. Konrad Adenauer den Vorsitz führte. Ferner nahmen teil der Präsident des Wirtschaftsrates Dr. Erich Köhler und Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer. Es soll versucht werden, eine Übereinstimmung der beiden Richtungen in ihren Wahlvorschlägen herbeizuführen.

Absagen an van Zeeland. — Die liberale und die sozialistische Partei Belgiens teilten mit, daß sie es ablehnen, sich an einer Koalitionsregierung unter Führung der christlich-sozialen Partei van Zeelands zu beteiligen. In einer Erklärung der Christlich-Sozialen heißt es, die erste Aufgabe einer Koalitionsregierung werde es sein, eine Entscheidung in der Frage der Monarchie zu treffen. Der Vorsitzende der Christlich-Sozialen soll sich zu Beratungen mit König Leopold nach der Schweiz begeben haben.

Anwachsen der Industrieproduktion in Indien. New Delhi (AEP). — Aus soeben veröffentlichten Statistiken geht hervor, daß die Industrieproduktion Indiens im Verlaufe der ersten sechs Monate dieses Jahres um 12 bis 15 % höher lag als in der gleichen Periode des Jahres 1948. Wenn der gegenwärtige Produktionsrhythmus während des ganzen Jahres beibehalten werden kann, wird die Gesamtproduktion Indiens in diesem Jahre um 25 % mehr betragen als im Jahre 1947.

10 Millionen gegen Marshall-Plan. — Die italienischen Kommunisten haben 10 Millionen Unterschriften gegen den Marshall-Plan gesammelt, die für eine Eingabe an das Parlament bestimmt sind.

Wirtschafts-Nachrichten

Das Schicksal unserer Kohlenindustrie

Bochum (SHZ). Zum Schicksal des deutschen Kohlenbergbaus nahm der 1. Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, August Schmidt, in einer längeren Erklärung Stellung. Der Gewerkschaftsvorsitzende betonte, daß die Gewerkschaft mit allen demobei der Neuordnung der Kohlenindustrie kämpfen werden. Eine wirkliche Neuordnung des Bergbaus ohne Mitwirkung aller interessierten deutschen Kreise sei unmöglich.

Der Gewerkschaftsvorsitzende äußerte sich dann zu den Ausführungen Bevins vor dem Unterhaus, der mit Nachdruck für die Fortsetzung der Demontagen eingetreten ist. Schmidt betonte, daß Bevins mit seinen scharfen Worten dem demokratischen Gedanken in Deutschland einen schweren Schlag versetzt habe.

Schmidt gab bekannt, daß in Kürze ein persönlicher Beauftragter des amerikanischen Bergarbeiterführers John Lewis in Deutschland eintreffen werde, um u. a. das Problem der Demontage der Fischer-Tropsch-Werke zu studieren.

Statt Häuten nur Fertiglleder

Frankfurt (SHZ). Wie die ERP-Zentrale in Washington die Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung unterrichtet hat, wurden 3 Millionen Dollar, die für die Einfuhr von Häuten und Fellen vorgesehen waren, gestrichen. Gleichzeitig erfolgte die Mitteilung, daß für die Einfuhr von Fertiglleder 3 Millionen Dollar verfügbar sind. Von dieser Summe dürften etwa 2 1/2 Millionen für Ober- und Futterleder und der Rest für Bodenleder verwendet werden.

Südwestdeutsche Nachrichten

9-jähriger Schüler verschwunden

Wie die SWK meldet, wird seit etwa 14 Tagen der 9-jährige Günther Staubach aus Karlsruhe, Kapellenstr. 16, vermißt. Der Junge hat Vorliebe für ländliche Verhältnisse und es ist deshalb zu vermuten, daß er bei Bauernleuten Aufnahme gefunden hat und seinen richtigen Namen verschweigt. Er spricht Karlsruher Mundart und ist im Sprechen etwas behindert. Der Junge hat dunkle Haare, dunkle Augen, gesunde Gesichtsfarbe, kräftige Gestalt und ist bekleidet mit kurzem grauem Hose, grauem Hemd, grauem, ärmellosen Pullover, schwarzen Schnürstiefeln. Er

trägt keine Strümpfe.

Nachrichten werden an die Weibliche Polizei Karlsruhe oder an jede andere Polizeidienststelle erbeten.

Weingarten. Durch die Vollbeschäftigung der Industriebetriebe und durch Notstandsarbeit ist die Zahl der Arbeitslosen auf 6 gesunken. Seit der Währungsreform wurden schon 26 Wohnungen gebaut. 200 000.— DM stehen für weiteren Wohnungsbau zur Verfügung. Obwohl die Bevölkerung um 3000 zugenommen hat, ist die Zahl der Beamten geringer als 1939.

Wohnungsbauabgabe bei Postsendungen

Tübingen. An Stelle des „Notopfers Berlin“ wird ab 1. Juli auf Beschluß des südwürttembergischen Landtags in gleicher Höhe eine „Wohnungsbauabgabe“ erhoben. Die bisherigen Steuermarken werden zu diesem Zweck überdruckt.

Grausige Mordtat in Asperg

Asperg. — Am Freitag morgen zwischen 6.30 und 7 Uhr wurde der 70 Jahre alte Schneidermeister Wilhelm Rüb in seinem Schlafzimmer ermordet. Bei dem Täter handelt es sich um den 45 Jahre alten getrennt lebenden Maschinenarbeiter Albert Baumgart aus Stuttgart. B. ist wegen einfachen und schweren Diebstahls bereits mehrfach einschlägig vorbestraft und war nach einer längeren Freiheitsstrafe Ende 1948 entlassen worden. Er lernte die 40 Jahre alte Tochter des Ermordeten kennen, begann mit ihr ein Verhältnis und wohnte im gleichen Hause.

Vor 8 Wochen wurde bekannt, daß B. erneut rückfällig geworden war und 2 Diebstähle begangen hatte. Hierauf machte ihm der Ermordete Vorwürfe und verwies ihn des Hauses. Baumgart fand anderwärts hier Unterkunft.

In der Zwischenzeit war die Tochter des Ermordeten von ihrem Vater bewogen worden, das Verhältnis zu B. abzubrechen. B. versuchte mit allen Mitteln, dies zu verhindern. Als alles nichts half, faßte er zwei Tage vor Tatusführung den Entschluß, Rüb zu ermorden. Zu diesem Zweck verschaffte er sich eine Beißzange und einen Hammer aus seinem Quartier und brachte diese bereits am Tage vorher, da er mit der Örtlichkeit genau vertraut war, in den Keller von Rüb.

Donnerstag abend gegen 23 Uhr, als die Tochter des Ermordeten von einem Besuch bei Verwandten zurückkehrte, fand sie in ihrem Schlafzimmer unter dem Bett liegend Baumgart vor, der versuchte, sie erneut zu überreden, was ihm jedoch nicht gelang. Sie verwies ihn des Hauses.

Am Freitag etwa gegen 6.30 schlich sich B. heimlich durch den rückwärtigen Eingang in das Haus von Schneidermeister Rüb ein, wo er diesen in seinem Schlafzimmer im Bett liegend schlafend antraf. Er versetzte ihm sofort mehrere Schläge mit der Beißzange auf den Kopf, durch die Rüb schwer verletzt wurde. Trotzdem raffte sich der Überfallene auf und wehrte sich gegen den wild auf ihn einschlagenden B. Schließlich stürzte er blutüberströmt benutzungslos zu Boden, worauf Baumgart ihn noch würgte, bis er kein Lebenszeichen mehr von sich gab.

Hierauf versteckte er den Ermordeten unter das Bett, reinigte so gut als möglich seine Kleidung, verschloß das Schlafzimmer, steckte den Schlüssel ein und begab sich in den Keller, wo er ausgiebig versperrte. Dort wollte er nach eigenen Angaben auf die Tochter des Ermordeten warten. Als diese gegen 7.30 Uhr an der Kellertür erschien, rief er ihr zu, sie möchte herunter kommen, da er ihr etwas Wichtiges mitzutellen hätte. Als die Tochter in den Kellervorraum gelangte, überfiel er sie sofort und schlug wild mit der Faust auf sie ein. Hierauf versuchte er bei ihr genau so wie er es bei ihrem Vater angewandt hatte, mit seiner Hand die Zunge festzuhalten, um sie am Schreien zu hindern. Hierbei riß er ihr den linken Mundwinkel zentimeterweit auf. Das Mädchen schrie, worauf ein Bewohner des Hauses auf die Vorzüge aufmerksam wurde und sofort die Polizei verständigte. Als Baumgart dies bemerkte flüchtete er in Richtung Eglosheim. Die Polizei nahm sofort die Verfolgung auf und konnte ihn kurz vor 8 Uhr festnehmen.

Der Täter befindet sich in Untersuchungshaft in der Strafanstalt Ludwigsburg. Er ist verheiratet und lebt von seiner Frau und zwei Kindern, die in Neckarsulm wohnen, getrennt.

Selten ist ein Mord kurze Zeit nach der Tat so weitgehend in allen Teilen geklärt und in seinen Gründen und Hintergründen freigelegt worden. Dies war nur der sofortigen Verhaftung des Täters und seinem umfassenden vollen Geständnis zu verdanken. Er schilderte bei der Vernehmung die Vorgeschichte und den Hergang des Mordes genau, ohne Bewegung oder Reue zu zeigen. Auch sein sonstiges Verhalten — er ist ungeniert, schlief und schnarchte fest im Rathaus-Gefängnis, wie wenn nichts geschehen wäre — war das eines hartgesotteten Gewohnheits-Verbrechens. Zynisch sprach er von einem „Schlager“, der er gemacht hätte und von der wartenden Menge: „Sie könne ihn...“ Bei seiner Verhaftung hatte er einen Strick bei sich, mit dem er sich angeblich erhängen wollte.

Die abschließende Untat hat große Aufregung, Schrecken und Entsetzen hervorgerufen. Es wird allgemein bedauert, daß für solche bestialischen Mordtaten eines Gewohnheits-Verbrechens nicht noch die Todesstrafe Anwendung findet.

Wetterbericht:

Wetterlage: Das Hochdruckgebiet, das z. Zt. über der südlichen Nordsee liegt, wandert in der Abschwächung nach Mitteleuropa und wird wenigstens noch am Anfang der Woche das Wetter für Deutschland bestimmen.

Vorhersage für Montag und Dienstag: Vorwiegend heiter, trocken, Tagestemperaturen teilweise über 25 Grad ansteigend. Barometerstand: Veränderlich-Schön. Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): 14 Grad über Null.

Wasserwärme der Badeanstalt: Männer- u. Frauenschwimmbad: 21 Gr. Cels.

Aus der Stadt Ettlingen

Altstadt für Durchfahrt gesperrt

46 Anzeigen in der vergangenen Woche wegen Nichteinhaltens von Verkehrsbestimmungen beweisen, daß die neuen Polizeianordnungen noch nicht genügend bekannt sind. Die Stoppstelle an der Kreuzung Schiller-Rheinstraße wird fast täglich von allzu eiligen Radfahrern mißachtet. Wer aus der Badener- oder Rheinstraße kommt, muß unbedingt anhalten, um den Durchgangsverkehr von Rastatter- und Schillerstraße vorbeizulassen. Das Vorfahrtsrecht muß aus Sicherheitsgründen streng beachtet werden.

Viel Verdruß bringt auch die Sperrung der Altstadtstraßen für den Durchgangsverkehr. Aber die Verkehrszunahme macht es nötig, daß der Verkehr aus den engen Innenstraßen auf die Alleen außerhalb der Stadtmauern verlegt wird. Badener-, Leopold-, Markt- und Kronenstraße (ferner die Albestraße von der Friedruchsbrücke bis zur Schillerbrücke) sind also für Einheimische und Auswärtige nicht mehr zur Durchfahrt freigegeben.

In der vergangenen Woche haben wieder 18 Personen diese Bestimmung übertreten. Nur wenige Sekunden oder Minuten gehen verloren, wenn man sich an diese neue Ordnung hält. Jedem Autofahrer sei empfohlen, das durchfahrts gesperrte Altstadtgebiet auf dem Ettlinger Stadtplan rot zu umranden, damit er nicht mehr mit der Polizei in Konflikt kommt.

Weitere Vergehen, die zur Anzeige kamen: Nichtmitführen der Kennkarte, Jugendlicher auf dem Tanzboden, unerlaubter Eisverkauf, Benützung von Kraftfahrzeugen an Sonntagen, erschwerter Diebstahl aus einer Wohnung. Überall heißt es also: Aufpassen!

Kirschkerne

Das Obstangebot auf dem Markt und in den Geschäften ist groß. Besonders die Kirschen sind in diesem Jahr reichlich vorhanden. Jetzt kann sich gar mancher schon unterwegs an den Früchten laben und braucht nicht zu befürchten, daß die Familie zu kurz kommt. Deshalb sieht man wieder Kirschenesser auf der Straße. Die kleinen saftigen Früchte sind so bequem herunterzuschlucken. Allerdings bleibt ja meist etwas übrig: der Kern (wenn wir ihn nicht gerade mit verschlucken). Wohin damit? Viele machen es sich dadurch einfach, daß sie die Kirschkerne ganz einfach auf die Straße spucken. Da liegen nun die Steinchen auf dem Gehweg und der Fahrbahn, je enger die Straße, desto mehr Kerne an einer Stelle. Gewiß, die Kirschkerne sind klein und meist schnell zertreten, aber es kann doch mal einer ausrutschen und dann wäre unsere Bequemlichkeit daran schuld. Also nehmen wir lieber ein Stück vom Einwickelpapier und werfen die gesammelten Kerne in einen Abfallkorb. Es ist nur eine Kleinigkeit, aber wir anerkennen auch damit, daß wir in einer Gemeinschaft leben und auf den nächsten Rücksicht nehmen sollen. Für ein Wappstücken um die weiteste Entfernung oder Zielübungen sind Garten und Wiese geeigneter als die Straße. Und beginnen wir gleich damit, uns das Richtige anzugewöhnen, damit wir bei den größeren Kernen von Pfirsichen und Zwetschgen gar nicht erst in die Verlegenheit kommen, die Straße dafür zu benützen.

Verbreitung von Kettenbriefen strafbar

In letzter Zeit tauchen in großen Mengen wieder die sog. Kettenbriefe auf, die jedem Empfänger 2187.— DM versprechen, wenn er den Brief 3 mal abschreibt und an bekannte zuverlässige Personen weiterleitet. Da außerdem zur Bezahlung 1.— DM an eine in diesen Briefen genannte Person aufgefördert wird, können die Tatbestandsmerkmale des Betruges vorliegen. Aber auch wenn dies nicht der Fall ist, ist das Verbreiten derartiger Briefe wegen groben Unfugs strafbar. Die Polizeibehörden werden beim Auftauchen derartiger Briefe ein Ermittlungsverfahren einleiten, und diejenigen, die derartige Briefe versenden oder sonst weiterverbreiten, zur Anzeige bringen.

Die Bevölkerung wird deshalb darauf hingewiesen, das Verbreiten derartiger Briefe zu unterlassen und die Polizeibehörden bei ihrer Ermittlungstätigkeit zu unterstützen. Es braucht wohl nicht besonders erwähnt werden, daß der in diesen Briefen versprochene Erfolg durch die Einsichtigkeit eines Teiles der Bevölkerung, die die Briefe in den Papierkorb wandern und sich nicht um 1.— DM bringen läßt, niemals eintritt und niemals eintreten kann, da der Teilnehmerkreis sich sonst ins Unermessliche steigern müßte.

Kümmere Dich um sie

Nun denkt doch an die alten Leute und kümmere dich um sie! Überlaßt das nicht den amtlichen Stellen. In Hamburg wurde kürzlich in einem Kellerloch eine 62-jährige Frau aufgefunden, die einen Schlaganfall erlitten hatte und von Ratten und Mäusen angegagt worden war. Sie hatte dort seit Januar dieses Jahres krank gelegen. Als die Kranke abtransportiert wurde, sagte sie: „Nun müssen sie sich doch um mich kümmern.“ Wo waren hier die Christen? Vielleicht sangen sie in der Kirche, während die alte Frau wimmernd im Kellerloch lag, das Lied: „Wir sind im wahren Christentum“ — Kult genügt nicht. Geh noch heute zu ihr hin und kümmere dich um sie. Wichtiger als Glocken und Kundgebung und Konferenzen. (H.R.)

Muggensturm. Am 3. Juli beging der Männergesangsverein sein 90-jähriges Stiftungsfest. Ein Massenchor der Gruppe Hardt und zahlreiche Vereine wirkten mit. Das ganze Dorf nahm an diesem Fest Anteil.

Besser miteinander auskommen

Minister Bäuerle bei der Erziehungs-Diskussion

Das Wochenendtreffen für Erziehungsreform in Eppingen wurde am Freitag, 1. Juli, mit dem Vortrag von Kultminister Bäuerle über „Deutsche und amerikanische Schule“ eröffnet. Der starke Besuch von Eltern, Lehrern und Schülern bewies eine erfreuliche Bereitschaft, in den für die Volkszukunft entscheidenden Erziehungsfragen zu klaren Erkenntnissen zu gelangen. Dieser Abend war zugleich die Fortsetzung der vom Realgymnasium Eppingen begonnenen Jugenddiskussionsreihe und wurde deshalb vom Schulrektor Fritz Rau eingeleitet, der dem Minister vor allem den Gruß der Jugend entbot.

Als einen seiner stärksten Eindrücke in USA bezeichnete Minister Bäuerle die höfliche Rücksichtnahme, die trotz des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes im gesamten Gemeinschaftsleben herrscht. Auch in Diskussionen hört man andere Meinungen ruhig an und betrachtet den Anderen nicht als Feind. Der Glaube an die Erziehbarekeit hat diesen Erfolg ermöglicht. Die Pädagogik bemüht sich nicht nur um den Menschen, sondern auch um den Mitmenschen und entwickelt die Fähigkeit zum Miteinander-Auskommen.

In USA besteht die vollkommene Einheitschule mit 12 Jahrgängen. Freiheit und Freiwilligkeit sind im Unterricht maßgebend. Die Schulen sind nicht Staats-, sondern Gemeindeeinrichtungen und werden von Eltern und Lehrern gemeinsam verwaltet.

Die Ziele sind

1. der freie demokratische Mensch
2. der gute Amerikaner
3. der friedliebende Weltbürger.

Das Kind steht im Mittelpunkt, nicht der Stoff. Deshalb ist der Wissensballast leichter. Es gibt keine Verlangstigung in den amerikanischen Schulen, auch keine Prüfungen. Die Eltern können den Unterricht besuchen.

Für Deutschland empfiehlt Minister Bäuerle nicht die Nachahmung des äußeren Aufbaus, sondern die Übereinstimmung in Grundsätzen und Zielen. Manches kann bei uns aufgelockert werden, aber manches wird nur durch Zwang zu erreichen sein. Unsere Schule muß vor allem dem Kennenlernen des sozialen und politischen Lebens mehr Raum geben und das Verantwortungsbewußtsein stärken. Neben der Verastigung müsse auch die praktische Begabung gewertet werden. Da

die Grundlagen des amerikanischen Erziehungssysteme großenteils aus der deutschen und europäischen Pädagogik von Pestalozzi, Herbart und Kerschensteiner stammen, brauchen wir nichts Fremdes zu übernehmen, sondern das gute Eigene wiederzubeleben. Jedem Kind gebühre das Anrecht zur Entfaltung seiner Begabung.

In der sehr regen Diskussion wurde auf die Bedeutung der Selbsterziehung hingewiesen. Lehrer und Schüler baten den Minister, Studienfahrten nach USA zu ermöglichen. Der Elternvertretung konnte der Minister zusagen, daß die Eltern bei Schulstunden zuzuhören können.

Die geringe Klassenstärke von 20 bis 35 Schülern in USA ist eine günstige Voraussetzung. Andererseits wurde auch auf manche Mängel des amerikanischen Schulwesens, z. B. die Sorgen des Lehrers, hingewiesen.

Viele Fragen an Kultminister Bäuerle betrafen die Schulreform. Es wurde beantragt, daß die Veröffentlichung der Gesetzentwürfe zu spät erfolgt ist. Man befürchtet bei 6-jähriger Grundschule eine Benachteiligung der Begabten aus allen Volksschichten. Der Wissensstand müsse auf jeden Fall erhalten werden. Der Minister betonte, daß die Schulreform keine Kosten verursache, dagegen sei es nötig, für die seit Jahrhunderten vernachlässigte Volksschule eine bessere Lehrerbildung zu finanzieren. Wenn jetzt etwas geändert werde, so müsse es für Generationen brauchbar sein. An Stelle des Experimentierens müsse dann Ruhe in die Schule kommen. Auf keinen Fall dürfe die Schulreform nur auf eine Zufallsmehrheit gestützt werden. Wie schon vor einigen Tagen bei seiner Rundfunkdebatte mit den Vertretern der CDU und SPD gab damit der Minister zu erkennen, daß ihm nicht der äußere Aufbau, sondern die innere Reform das Wichtigste ist.

Diese Aussprache zwischen dem verantwortlichen Leiter der Unterrichtsverwaltung und der Schulgemeinde, die zum ersten Mal Eltern, Lehrer und Schüler vereinigte, hat sich als notwendig und fruchtbar erwiesen. Im Namen des Kulturbundes wurde deshalb dem Minister für sein Kommen herzlich gedankt und auf die Notwendigkeit solcher überparteilichen Zusammenkünfte für unser Gemeindeleben hingewiesen.

Verständigung im eigenen Volk

Ungeheuerliche Denunzierung eines Kriegsgefangenen in Rußland

Aus Mörsh wird uns geschrieben: In den letzten Tagen ist uns eine ungeheuerliche Nachricht von einem aus Rußland heimgekehrten Kriegsgefangenen zugegangen.

Dieser Heimkehrer berichtete, daß in seinem Lager in Sowjetrußland vor einiger Zeit ein aus Mörsh eingelaufener Brief von dem Lagerkommandanten zur Verlesung gebracht wurde. Das beschämende Schreiben, das von einem Mörsher Einwohner abgefaßt war, wurde mit dem Zweck an den Lagerkommandanten des russischen Gefangenenlagers gerichtet, einen in diesem Lager befindlichen Mörsher Gefangenen auf die übelste Art zu denunzieren und ihn dadurch bei der russischen Lagerleitung schwarz zu machen.

In diesem Schreiben soll ferner angedeutet worden sein, den Mörsher auf Grund dieser völlig erlogenen Angaben nicht zu entlassen, sondern ihn in Gefangenschaft zurückzuhalten.

Es gibt hier tatsächlich fast keine Worte mehr, die eine solche auf das Schärfste zu verwerfende Handlung gebührend kennzeichnen. Dieser schmutzige Held einer ebenso schmutzigen Federführung dürfte, wenn uns einmal sein Name bekannt ist, seinen Aufenthalt in Mörsh verurteilt haben. Er glaubte anscheinend, daß diese Nachricht niemals mehr von dem weiten Sowjetrußland nach dem kleinen weit entfernten Mörsh durchdringen würde. Während viele Mütter und Frauen mit heißer Sehnsucht den Allmächtigen um die baldige Rückkehr ihrer Söhne und Männer anflehen, geht ein solch gewissenloser Mensch her und berichtet nach dem Osten, daß man den Gefangenen aus Mörsh in Gefangenschaft behalten soll, der einmal,

wie viele Tausende und Abertausende bei einer Organisation war, weil er vielleicht, um seine Position zu erhalten, eintreten mußte.

Tiefstes Mitleid erfüllt uns für den schwer denunzierten Gefangenen, der nun vergeblich hofft, bald bei seinen Lieben weilen zu können. Die Gemeindeverwaltung hat aber sofort einen entsprechenden Bericht an den russischen Lagerkommandanten abgeben lassen, um den Sachverhalt so schnell wie möglich zu klären.

Wir wünschen solchen Denunzianten nur das eine, daß sie sofort und ohne Rücksicht gegen den denunzierten Gefangenen ausgetauscht werden. Vielleicht würde ihnen dann am schnellsten ihr ungeheuerliches Handwerk gelegt werden.

Das schwere Schicksal der letzten Jahrzehnte hat viele Schäden in unser Volk gebracht. Der Bericht aus Mörsh zeigt, daß die Verständigung im eigenen Volk gestärkt werden muß. Nur wenn wir untereinander die Menschenwürde wahren, sind wir reif, auch zur Verständigung im Völkerverhältnis beizutragen. Deshalb müssen wir uns hüten, auf Gerüchte hin sofort zu handeln, wie dies z. B. gegenüber antifaschistischen eingestellten Heimkehrern geschehen ist. Wenn wir Toleranz für diejenigen verlangen, die mehr nach „rechts“ orientiert waren, so müssen wir diese brüderliche Haltung auch gegenüber mehr „links“ gerichteten Mitbürgern walten lassen und ihnen die Gelegenheit geben, sich in eine verständliche Gemeinschaft wieder einzuleben. Also: Verständigung im eigenen Volk und zwischen den Völkern!

Eppingenweiler. Die Heuernte ist abgeschlossen. Qualität und Quantität ist als gut zu bezeichnen. — Ebenfalls neigt sich die Kirschen-ernte ihrem Ende zu. Bei einer 50 bis 60%igen Ernte waren die Diebstähle sehr gering, was wohl auf den freien Markt zurückzuführen ist. Kirschen waren sehr gefragt. Die zur Zeit stattfindende Rapsernte entspricht den Erwartungen, doch müssen auch teilweise starke Schäden durch den Rapsstengelrüssler festgestellt werden. — Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften hielt am Sonntag in der „Krone“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung für die Genossenschaft ab, die sehr gut besucht war.

Giftweizen gegen Mäuse

Aus dem Malscher Gemeinderat

Malsch. Die Gemeindeverwaltung konnte durch günstigen Ankauf von zwei Behelfsheimen wiederum zwei Wohnungen bereitstellen. Die Erstellung dieser Heime soll an der Freioldsheimer Straße in der Merkelgrube erfolgen. Die Gemeindeverwaltung ist bereit, diese Heime, nachdem sie erstellt sind, an Interessenten wieder zu verkaufen. — Die Beratung des Haushaltplanes und der Haushaltsatzungen wurde bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. Der Vorbericht zum ordentlichen und außerordentlichen Haushalt, der eine kurze übersichtliche Zusammenfassung des Haushaltes ist, wurde bekanntgegeben. —

Zur Aufschließung von Baugebieten — Straßenbau im Baugebiet Fischweier — wurde nunmehr durch die Bad. Landeskreditanstalt der Vertrag über ein Darlehen von 200 000 DM vorgelegt. Dieser Vertrag erhielt die Zustimmung des Gemeinderates. — Ein weiterer Vertrag über den Verkauf von gemeindeeigenem Acker- und Wiesengelande an das Autostraßenamt in Frankfurt a. M. wurde genehmigt. In diesem Vertrag wird die Kaufsumme seit der Nutzung durch die Autobahn verzinzt, was bei dem bereits für die Abtretung des Waldgeländes gefertigten Vertrag nicht der Fall ist. Die Gemeindeverwaltung wird die Verzinsung für das Waldgelände ebenso verlangen wie dies für das Acker- und Wiesengelande zugestanden ist. — Die Feldmäuseplage hat auf der Gemarkung ungeahnte Formen angenommen. Diese Schädlinge fressen und nagen an allen Feldfrüchten. Das Brotgetreide wird immer weniger, Dickrüben, Kastoffeln, Klee- und Wiesen sind schon sehr stark geschädigt. Obwohl die Landwirte die Mäuse mit vergiftetem Weizen laufend bekämpfen, ist es fast nicht möglich den Schaden auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Die Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft wird nun nochmals größere Mengen Giftweizen einkaufen und durch einen Geldzuschuß der Gemeinde verbilligt an die Landwirte abgeben. Doch müssen dann auch alle Landwirte gemeinsam den Weizen auslegen, damit endlich diese Schädlinge vernichtet werden.

Schutz nützlicher Vögel

Gemäß §§ 12—22 der Naturschutzverordnung vom 18. März 1936 ist das Zerstören und das Ausheben von Nestern oder Brutstätten der Vögel, das Zerstören und Ausheben von Eiern, das Ausheben und Töten von Jungen, das Feilbieten und der Verkauf der gegen dieses Verbot erlangten Nester, Eier und Jungen verboten.

Gemäß § 30 der Naturschutzverordnung wird, wer vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 DM oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Landrat — II A 3 —

Öffentliche Erinnerung

An die Zahlung folgender Steuern und Abgaben wird erinnert:

1. Lohnsteuer für Juni 1949 (Monatszahler) und II. Vierteljahr 1949 (Vierteljahrszahler) nebst Kirchenlohnsteuer — getrennt nach Religionsbekenntnissen — und Notopfer Berlin mit Anmeldung für beide Zahler fällig 5. 7. 1949.
2. Umsatzsteuer für Juni 1949 (Monatszahler) und II. Vierteljahr 1949 (Vierteljahrszahler) mit Voranmeldung für beide Zahler fällig 10. 7. 1949.
3. Einkommen- nebst Kirchen- und Körperschaftsteuer für II. Vierteljahr 1949 — Abgabe „Notopfer Berlin“ für II. Vierteljahr 1949 — mit Erklärung, fällig 10. 7. 1949
4. Versicherungs- und Beförderungsteuer fällig 10. 7. 1949.
5. Abschluß- bzw. Vorauszahlungen auf Grund der zugestellten Steuer- bzw. Bescheide.
6. Sühnebeiträge auf Grund zugestellter Sühnebescheide bzw. Spruchkammerurteile.

Einzelmaßnahmen ergeben nicht mehr Rückstände werden unter Berechnung der Säumniszuschläge, Gebühren und Kosten durch Postnachnahme oder im Vollstreckungsverfahren eingezogen. Bei Post- oder Banküberweisung sind stets Steuernummer und Verwendungszweck anzugeben.

Finanzamt Eppingen.

Entrahmte Frischmilch. Da mit Wirkung vom 1. Juli 1949 auch Kinder und Jugendliche von 10 bis 16 Jahren täglich 1/4 Liter Vollmilch erhalten, kommt die bisherige E-Milchration für diese Altersgruppen in Fortfall. Die Rationen an entrahmter Frischmilch werden die Verbraucher über 16 Jahre auf 3 Liter festgesetzt. Soweit es das Aufkommen an entrahmter Frischmilch gestattet, kann Ausgabe bis zu 4 Litern entrahmter Frischmilch erfolgen.

Vollmilch. Kinder und Jugendliche von 5 bis 16 Jahren erhalten ab 1. Juli 1949 einheitlich täglich 1/4 Liter Vollmilch. Eine Kürzung der Fettration tritt hierdurch nicht ein.

Die Bestellscheine über Milch des Monats Juli der Karten 11 (13) und 31 (33), die mit den Zahlen 13 bzw. 33 versehen sind, berechnen sich daher zum Bezug von täglich 1/4 Liter Vollmilch.

Für die übrigen Vollmilchbezugsberechtigten tritt im Monat Juli gegenüber der bisherigen Regelung keine Änderung ein, d. h. die Vollmilchbestellscheine der Lebensmittel-, Zulage- und Sonderkarten berechnen sich entsprechend ihren Eindrücken zum Vollmilchbezug.

Zucker. Sämtliche Zuckerabschnitte der Lebensmittel- und Tageskarten sowie die Zuckerreisemarken berechnen zum Bezug von Weißzucker. Der Zuckerabschnitt 5 der Karten 11, 21 und 31 berechnen zum Bezüge von 500 g Zucker.

Auf alle zum Bezüge von Zucker berechtigenden Abschnitte können wahlweise und je nach Vorratslage bezogen werden:

Statt 100 g Zucker = 180 g Marmelade (oder Rübensaft) oder 125 g Kunsthonig oder 125 g Zuckersirup oder 200 g Mischsirup oder 150 g Obstsirup oder mindestens 100 g Zuckerwaren.

Diabetiker können wie bisher die über 500 g liegende Zuckerration in Haferflocken umtauschen.

Aufbewahrung der Z-, L- und E-Abschnitte Da die Karten für Juli/August 1949 noch nicht auf die inzwischen erhöhten Rationen abgestimmt sind, muß damit gerechnet werden, daß wieder eine größere Zahl von Aufrufen auf Sonderabschnitte erfolgen muß. Es wird aus diesem Grunde darauf hingewiesen, daß die Z-, L- und E-Abschnitte der Karten auch dann sorgfältig aufzubewahren sind, wenn sie lose werden.

Ernährungsamt Karlsruhe-Land.

SPORT

Die letzten Zwei:

Borussia Dortmund — VfR. Mannheim. (ISK). Nach 900 Spielminuten wurden in 9 Ausscheidungs- und Wiederholungsspielen endlich die beiden Endspiel-Teilnehmer der 38. Deutschen Fußballmeisterschaft ermittelt. Vor gut 60 000 Zuschauern siegte in der Wiederholung der Vorschlußrunde Borussia Dortmund gegen den 1. FC. Kaiserslautern mit 1:1 Toren. Damit stehen sich am nächsten Sonntag im Stuttgarter Finale VfR. Mannheim und Borussia Dortmund gegenüber. Einen Tag vorher spielen 1. FC. Kaiserslautern und die Offenbacher Kickers in Koblenz um den 3. Platz.

Die Zuschauerzahl in den bisherigen Spielen betrug 410 000. Da das Stuttgarter Neckarstadion mit 90 000 Plätzen restlos ausverkauft ist, werden genau eine halbe Million Fußball-Anhänger bei der Ermittlung des Deutschen Meisters 1949 dabei gewesen sein. Für den Titel des Torschützenkönigs hat der 27jährige Feinmechaniker Addy Pfeiffer-Dortmund die besten Aussichten.

60 000 umjubelten Borussia Dortmund

Diese Neuauflage im Kölner Stadion bestätigte die Meinung, daß es sich hier um das vorweggenommene Finale handelt. Trotz der hochsommerlichen Hitze spielten Borussia Dortmund und der Vizemeister 1. FC. Kaiserslautern, erstklassigen Fußball und bezauberten die mehr als 60 000, unter denen vor allem das starke westfälische Aufgebot sich laut hervor tat. Immer wieder tönte der Schlachtruf über das Kampffeld: „B-V-B vor — noch ein Tor!“ Und man kann sagen, mit Erfolg. Die Dortmunder brachten die besseren Nerven auf und entwickelten ihren Stil so zwingend, daß die Pfälzer außer Trill kamen, Fritz Walter immer wieder den Kopf schüttelte und der „Wirbel“ ausschließlich von den Dortmundern gemacht wurde.

Der Borussia-Trainer Edi Havelock behielt recht mit seiner Ankündigung, daß der Sieger wird, der das erste Tor schießt. Entsprechend verstärkten die Borussia ihren Angriff durch Einsatz von Michalek, während August Lenz, der frühere Stürmertank, bereitstehend, um als Torwart den jungen Rau zu ersetzen. Aber Schullerprellung und Bluterguß hinderten den ruhmdürstigen „Benjamin“ nicht, doch zwischen den Pfosten zu stehen. Und der Bursche machte seine Sache wieder außerordentlich! Die Mannschaften standen: Dortmund: Rau; Ruhmhöfer; Halfen; Buddenberg; Koschmieder; Schanko; Erdmann; Michalek; Kasperki; Pfeiffer; Ibel; 1. FC. Kaiserslautern: Adam; Huppertz; Kohlmeyer; Liebrich I, Liebrich II, Klee; Grewenig; Fritz Walter; Otmar Walter; Basler, Volz.

Borussias Schachzug glückt

Michalek bedeutete eine wesentliche Verstärkung, da er seinen schnellen Nebenmann Erdmann und die Torjäger Pfeiffer und Kasperki mit brauchbaren Bällen fütterte. Andererseits war die Dortmunder Abwehr mit den überragenden Spielern Schanko und Koschmieder so sattelfest, daß das schußstarke Pfälzer Innenrio einfach nicht zur Entfaltung kam. Die Dortmund gehen auch in Stuttgart gegen den VfR. Mannheim nicht ohne gute Siegeschance in den Kampf, wenn sie ihre Kölner Leistung noch einmal wiederholen können.

Dortmunds Stürmer können schießen

Nachdem Kaiserslautern Anfangs-Elan verlor, zogen die Dortmund eine eiserne Klammer um Kaiserslauterns Tor und die gelben Stürmer stellten sich so geschickt frei, daß selbst Adam im Tor auf die Dauer Gegendreher nicht vermeiden konnte. In der 22. und 35. Minute schossen Pfeiffer und Michalek das 2:0 heraus. Zwar schien es nach der Pause, als ob die Pfälzer eine Wendung erreichen würden. Aber es blieb beim 2:1 durch Basler (50. Minute) und in der 60. Minute rundeten zwei weitere Tore von Brendler und Erdmann den verdienten Sieg Borussias ab.

ETTLINGER ZEITUNG

Süddeutsche Heimatzeitung für den Albgau

Veröffentlicht unter General-Lizenz Nr. 3

Verantwortl. Herausgeber: A. Graf, Eppingen Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Eppingen/Baden, Schöllbronner Str. 5, Tel. 187

Anzeigen-Annahme für Karlsruhe: Annoncen Kraus o. H. G., Karlsruhe, Waldstraße 30, Ruf 712

Graue Haare
lassen Sie älter erscheinen als Sie sind.
Aber nicht färben!
„Hazinol“ ges. gesch. Haarfarbewiederhersteller gibt über Nacht Ihren Haaren die natürliche Farbe zurück.
Spielend leichte Anwendung. Garantiert unschädlich.
Verkaufsdepot:
Badenia - Drogerie
Rudolf Chemnitz, Leopoldstr.

Tod den Wühlmäusen!

Sicher zu haben in der
Badenia - Drogerie
R. Chemnitz, Leopoldstraße

Befreit
werden Sie von Küchenkläner wie **Russen - Schwaben, Ameisen, sowie Hundeflehen** usw. durch Anwendung von **Uhlfigs „Siderol“** Dose 50 Pfg. **Zu haben in Apotheken und Drogerien** Verlangen Sie ausdrücklich „Siderol“ Sicher zu haben **Badenia - Drogerie** R. Chemnitz, Leopoldstraße 7

Betonmischer m. Mot. u. Bauholz sof. ges. Tel. 552. Findling, Ettl., Lechleiserstr. 1.
Gasbackherd, neu, K-Sportwagen, gut erh., Abendkleid, neu, preisw. zu verk. Zu erfr. unt. 1773 i. d. E.Z.